

Die Halle verschiebt bei postoffizieller Zustellung 2.30 Uhr, durch die Post 2.45 Uhr, an die Verteilungsstellen. Verteilungen werden von allen Zeitungsstellen ausgenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter 'Saale-Beitung' eingetragen. Nicht ansonsten eingehende Anzeigen sind mit dem Redaktion-Büro zu besprechen. Anzeigen-Geldsätze: Saale-Beitung: 10 Pf. pro Zeile und 100 W. pro Monat. Sonstige Zeitungen: 15 Pf. pro Zeile und 150 W. pro Monat. Anzeigen-Geldsätze: Saale-Beitung: 10 Pf. pro Zeile und 100 W. pro Monat. Sonstige Zeitungen: 15 Pf. pro Zeile und 150 W. pro Monat.

# Saale-Beitung.

Zweckmäßiger Inhalt.

Die Halle verschiebt bei postoffizieller Zustellung 2.30 Uhr, durch die Post 2.45 Uhr, an die Verteilungsstellen. Verteilungen werden von allen Zeitungsstellen ausgenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter 'Saale-Beitung' eingetragen. Nicht ansonsten eingehende Anzeigen sind mit dem Redaktion-Büro zu besprechen. Anzeigen-Geldsätze: Saale-Beitung: 10 Pf. pro Zeile und 100 W. pro Monat. Sonstige Zeitungen: 15 Pf. pro Zeile und 150 W. pro Monat. Anzeigen-Geldsätze: Saale-Beitung: 10 Pf. pro Zeile und 100 W. pro Monat. Sonstige Zeitungen: 15 Pf. pro Zeile und 150 W. pro Monat.

Nr. 587.

Halle a. S., Dienstag, den 15. Dezember

1908.

## Die neue Kamarilla.

W. Aus Berlin wird uns unterm 13. d. M. geschrieben: Die „fremde Giftpflanze“, wie einst Fürst Bülow die Kamarilla nannte, ist am Kaiserhof noch keineswegs ausgerottet. Wenn man auf das Verhalten der zum Reichsanwalt in Beziehung stehenden Blätter achtet, und wenn man damit zusammenhängt, was sonst über diese Stimmungen im Neuen Palais in die Öffentlichkeit dringt, dann wird man sich kaum der Ansicht verschließen können, daß diese Wachspflanze sich in den letzten Wochen sogar recht tüchtig entwickelt hat. Bis hierher ist der Kampf gegen diese neue Klasse, deren Wurzeln aber in das Gultenburgsche Lager reichen, ohne Namenserfolg geführt worden, aber Fürst Bülow kann dazu sagen: „Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch die Verfasser.“ Die Beweggründe, von denen sich die unverantwortlichen Ratgeber am Hofe leiten lassen, sind verständlich genug. Sie müssen sich sagen, daß je mehr die „verfassungswidrigen Verantwortlichkeiten“, die der Kaiser in der Erklärung des „Reichsans.“ wahr zu wollen verspricht, wirklich beachtet werden, ihr eigener Einfluß auf die Leitung der Staats- und Reichsgeschäfte zurückgehen muß. Ein Kanzler, der auch der Krone gegenüber stark ist, muß ihnen deshalb unbehagen sein. Daraus ergibt es sich von selbst, daß die Kamarilla sich bemühen muß, die Erklärung vom 17. November als ein „Opfer“ des Kaisers hinzustellen, das überflüssig gewesen sei, um auf diese Weise das Selbstbewußtsein und die Selbstherrlichkeit des Kaisers aufzuheben. So schreibt auch die „Deutsche Tageszeitung“, man wolle dem Kaiser die Meinung beibringen, daß er sein früheres persönliches Regime nicht zu ändern brauche, und sie fügt hinzu: „Wer dem Träger der Krone die Meinung beibringen möchte, daß er am 17. November mit seinem Opfer zu weit gegangen sei, der verflüchtigt sich nicht nur am Volke, sondern auch an der Monarchie und am Monarchen.“ Das ist für ein konservativ-agrarisches Blatt schon eine sehr deutliche Sprache, wobei allerdings erwähnt werden muß, daß die „Kreuzzeitung“ umgekehrt die hoffliche Kamarilla zu stützen sucht, indem sie die Selbstherrlichkeit des Kaisers aufweist. Wichtig ist es doch sogar fertig, in der Erklärung vom 17. Nov. ein „höhnliches Wort, das verzieht, indem es tragt“, zu finden. Wenn man die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte berücksichtigt, so wird man die von einer neuen Kamarilla drohenden Gefahren nicht gering schätzen können. Auch der Reichsanwalt ist offenbar davon überzeugt, daß in solchem Augenblicke weder Fingers noch falsche Rücksichtnahme angebracht ist. Nur so sind die heftigen Ausfälle gegen „gewissenlose Schranken“ und „amüßige Interessensjäger“ zu verstehen; nur so begreift es sich, daß mit der Erschütterung der Grundpfeiler des monarchischen Empfindens droht, ja daß der „Sanktionierte der Krone“ an die Wand gerammt wird. Die erste Aufgabe der Hofflinge besteht eben offenbar darin, die Stellung des Fürsten Bülow, der ihr zu mächtig geworden ist, zu unterwühlen, um dem Kaiser wieder in ihre Hand zu bekommen. Vielleicht werden zur Bekämpfung solcher Tendenzen die Dinge etwas schwärzer gemalt, als sie sind. Sozial aber ist ganz richtig, daß ein Bruch des Friedens zwischen Kaiser und Volk, wie er durch die Erklärung vom 17. November befestigt wurde, für die Beziehungen zum Kaiser von weittragenden Folgen sein müßte. Gerade deshalb kann es auch mit dem jetzigen Zustande nicht sein Bewenden haben, sondern die „verfassungswidrigen Verantwortlichkeiten“ müssen zu „verfassungswidrigen Garantien“ ausgebaut werden.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben erklärte hierauf, daß die Staatsregierung unentwegt auf dem Standpunkt verbleibe, daß die Verabschiedung der Beamten- und Lehrerbesoldung abhängig sei von der Bewilligung ausreichender und dauernder Mittel. Solange diese Mittel nicht dauernd bewilligt, sondern nur auf Zeit gewährt werden sollten, solange könne die Staatsregierung dem Zustandekommen der Lehrer- und Beamtenbesoldung nicht zustimmen. Hinsichtlich der Lehrerbesoldung siehe man übrigens unmittelbar vor einer Einigung, die allen Parteien die Annahme des Gehaltentwurfes ermögliche, und es sei erwünscht, daß auch hinsichtlich der Beamtenbesoldung eine solche Einigung sich erzielen lasse.

Seitens der nationalliberalen Partei wurde darauf die Erklärung abgegeben, daß diese Partei die Mittel nicht zu erteilen, sondern nur auf Zeit bewilligen könne und daß sie auch einem etwaigen Bruche nachzugehen nicht können sei. Gegenüber dieser letzten Bemerkung erwiderte der Finanzminister, daß ein Druck von ihm aus nicht beabsichtigt gewesen sei; er hätte es nur für richtig gehalten, über die Sachlage volle Klarheit zu breiten.

Das Zentrum und die freisinnigen Parteien bezielten sich ihre Stellung für die zweite Lesung der Steuervorlage vor. Es wurde dann in die zweite Lesung der Steuervorlage eingetreten und zunächst eine Generaldiskussion begonnen. Diese Diskussion erstreckte sich auf die Verhältnisse der höheren und unteren Beamten. Hinsichtlich der höheren Beamten hatten die Mitglieder der nationalliberalen Partei Vorläufe gemacht, die vielleicht zu einer Einigung zu führen geeignet sind und das Ziel erreichen können. Die Erhöhung der Besoldung auf zunächst alle höheren Beamten auszuführen. Zu Unterfragen hatten sich diese Anregungen noch nicht verwickelt. Doch gaben sie Anlaß, daß nach Verlauf von zwei Stunden diese Beratungen abgebrochen wurden, damit die Vorläufe zunächst von der Staatsregierung erwoogen werden könnten.

Ferner wurde über die Unterbeamten verhandelt und dabei von der nationalliberalen Partei der Standpunkt vertreten, daß für die Unterbeamten wohl noch nicht eine ausgiebige gefordert sei. Zunächst lag auch ein Antrag der Nationalliberalen vor, für die am schlechtesten bezahlten unteren Beamten in der Klasse I — nämlich die Bahnwärter, Nachtwächter, Stattenmeister, Brunnenmeister, Aufseherinnen bei den Gefängnissen — das Gehalt von 1100 auf 1300 Mk. zu erhöhen. Es wurde aber auch weiter betont, daß vielfach die bislang gewährten Teuerungszulagen fortgefallen seien und hierfür in dem bisher für die ganze Monarchie festgesetzten Einheitsgehälte kein Ersatz geschafft sei; man müßte also notwendigerweise die bisher gewährten Teuerungszulagen (die nicht mit den Stellenszulagen verwechselt werden dürfen) beibehalten, oder aber den nötigen Ausgleich in den Gehältern der Wohnungsgeldzuschüsse finden. Die bisherige Gestalt der Vorlage über die Wohnungsgeldzuschüsse sei bekanntlich ganz unzureichend, denn vielfach betrage die Erhöhung des Zuschusses nur 4 oder 20 Mark, keineswegs aber 33% Prozent. Infolgedessen müsse ernstlich in Erwägung gezogen werden, für Freizeit einen Wohnungsgeldzuschußtarif selbstständig festzulegen, also nicht auf die Festsetzung im Reich zu warten, und Vorkorrigende zu treffen, das hierdurch den Unterbeamten ihr Recht wieder zu geben.

Ein ähnlicher Standpunkt wurde auch vom Zentrum und den freisinnigen Parteien eingenommen. Der Finanzminister warnte dagegen dringend, die Ausgaben noch höher zu steigern, da sonst nicht möglich sei, die notwendigen Deckungsmittel zu finden; man dürfe doch auch nicht vergessen, daß die Steuerzahler schließlich die Lasten nicht mehr zahlen könnten. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

## Die gestrige Sitzung.

Berlin, 14. Dez. (Telegr. Korr.-Bureau der Leipziger Börzenhalle.) In der heutigen Sitzung der verklärten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses teilte der Finanzminister zur Beamtenbesoldungsvorlage mit, die Anrechnung des Militärdienstes solle erfolgen, daß die Militäranwärter mit den aus dem Zivilsupernumerariat herorgegangenen Beamten in Erreichung des Besoldungsdenkmalers gleichgestellt werden. Den Militäranwärtern, die neun Jahre und darüber im Heere oder bei der Marine gedient haben, wird bei der ersten etatsmäßigen Anstellung die Dienstzeit, soweit diese und die darauf folgende Zivildienstzeit zwölf Jahre übersteigt, bis zu drei Jahren, mindestens mit einem Jahre, und soweit sie zwölf Jahre nicht übersteigt, mit einem Jahre auf das Besoldungsdenkmalter angerechnet. Militäranwärtern, die weniger als neun Jahre gedient haben, wird die Dienstzeit bei der ersten etatsmäßigen Anstellung als mittlere Beamte bis zur Dauer eines Jahres auf das Besoldungsdenkmalter angerechnet. Die Bestimmungen haben rückwirkende Kraft für alle Militäranwärter mit der Maßgabe, daß eine Vordatierung des Besoldungsdenkmalers vor dem 1. Januar 1892 ausgeschlossen ist, und Schatznachzahlungen nur für die Zeit vom 1. April 1908 stattfinden.

## Deutsches Reich.

Hof- und Personalanachrichten. König Manuel Schwiegersohn Kaiser Wilhelms? Aus Paris meldet der „S. S. a. M.“ ein Telegramm: Nach einer Berliner Depesche des „Reit Journal“ ist der Kaiser in Berlin Hof- und diplomatischen Kreisen das Gerücht von einem Heiratsprojekt zwischen König Manuel von Portugal und der Prinzessin Viktoria Luise, der einzigen Tochter Kaiser Wilhelms. Es heißt, König Manuel werde demnächst eine Reise nach Deutschland unternehmen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Der Reichsanwalt in Paris, Fürst von Radolin.

## Eine amtliche Stimme zum Diamantenfund.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Im Einklang mit den Darlegungen, welche am 1. Dezember mit Staatssekretär des Kolonialamtes über das Vorkommen von Diamanten im Sinterland der Überbrückung gemacht worden sind, wurde das Gouvernement von Deutsch-Südwestafrika telegraphisch angewiesen, mit der Einführung eines Ausfuhrzollens auf Rohdiamanten von zehn Mark pro Karat als bald vorzugehen. Befehl zur Durchführung der Zollkontrolle werden die Diamantenförderer zur ordnungsmäßigen Registrierung der gefundenen Steine und zur Vorlage der Bücher auf behördlichen Wunsch angehalten. Daneben wurde durch Gouvernementsverordnung vom 21. Oktober der Befehl roher Diamanten an die Lösung eines gebührenpflichtigen behördlichen Erlaubnisgesetzes getupft. Um in dem Uebergangsstadium bei der Erhebung des Ausfuhrzollens Härten zu vermeiden, erhielt das Gouvernment Befehl, für einen angemessenen Zeitraum Befreiung zu gewähren. Während der letzten Tage fanden zwischen dem Reichsfinanzamt und heimischen Interessenten Verhandlungen statt, welche darauf hingingen, dem ausfuhrerischen Unternehmen tunlichst seinen unabhängigen und deutschen Charakter zu wahren. Es handelt sich dabei insbesondere darum, eine Organisation zu schaffen, welche möglichst alle in Betracht kommenden Interessenten umfaßt. Die Organisation soll sich dabei auch die Förderung der heimischen Diamantenschleiferei anlegen sein lassen.

## Dr. Schilling legt Berufung ein.

Bürgermeister Dr. Schilling hat beim Verwaltungsamt zu Schleswig gegen seine disziplinarische Beurteilung Berufung eingelegt. Der Vertreter der Anklage legte hierauf gleichfalls Berufung ein.

## Zur Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens.

Die Uebergangsbestimmungen zur Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens werden, wie die „Voss. Ztg.“ hört, durch die Ausführungsbestimmungen geregelt werden. Es wird danach von den privaten Lehranstalten nicht gefördert werden, daß sie bewährte Lehrerinnen eher entlassen, als bis sie sonst gelassen wäre, nur weil die Reform die Personalverhältnisse zu ändern. Es soll dabei grundsätzlich nur bei eintretender Vakanz die Uebernahme des Lehrpersonals vorgenommen werden. Für die von Oitern 1909 eintretenden Seminare ist der vierjährige Lehrgang für das Lehrerelementar allgemein verbindlich, so daß die wissenschaftliche Abschlussprüfung für die Jahre 1912, die Lehramtsprüfung Oitern 1913 stattfinden. Jedoch ist vorgesehen, daß auch den in den Jahren 1907 und 1908 aufgenommenen Klassen schon die Wohlthat der Mehrheit ist. Die Entscheidung liegt in den Händen des Provinzial-Schulkollegiums. Die neuen Prüfungsordnungen für Lehrerinnen werden rechtzeitig veröffentlicht werden, daß sie auch schon für die 1907 und 1908 aufgenommenen Klassen Anwendung finden können. Es soll gestattet sein, die Lehramtsprüfung am Schluß des praktischen Jahres einen längeren Zeitraum als ein Jahr verziehen zu lassen, falls besondere Gründe wie etwa gesundheitliche vorliegen. Soll diese Frist aber über vier Jahre ausgedehnt werden, so ist ministerielle Genehmigung erforderlich.

## Enver Bey Militärattaché in Berlin.

Der in der Türkei allgemein gefeierte Freiheitsheld Major Enver Bey wird unmittelbar nach der bevorstehenden Eröffnung des Parlamentes in besonderer Mission nach Berlin kommen. Auf Anfrage des „Tag“ bei der türkischen Botschaft wird bestätigt, daß Enver-Bey demnächst in der deutschen Reichshauptstadt eintreffen werde, und zwar soll er als Militärattaché der Botschaft beigegeben werden. Mit Enver-Bey ist eine hochinteressante Persönlichkeit nach Berlin. Wie noch erinnert ist, war es dieser junge Offizier, der durch seinen Marsch ins Gebirge an der Spitze von 300 Mann der Saloniker Garnison das Signal zur jungtürkischen Erhebung und damit zur ganzen Verfallungsumwälzung in der Türkei gab. Enver-Bey hat eine durchaus moderne europäische Erziehung genossen, die ihn zu seiner späteren wichtigen politischen Rolle prädestinierte.

## Allgemeine Mitteilungen.

Das Staatsministerium trat gestern unter dem Vorsitz des Fürsten Bülow zu einer Sitzung zusammen.

## Der Druck von oben.

(Zweite Lesung der Beamtenbesoldung in der Kommission.)

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: In der Sonnabendigung der verklärten Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde die zweite Lesung der Besoldungsordnung begonnen. Zu Anfang der Sitzung wurde von konservativer Seite die Frage gestellt, welche Haltung die königliche Staatsregierung gegenüber den in erster Lesung zu den Deckungsvorlagen gefaßten Beschlüssen einnehme, wonach die Gesellschaften ganz abgelehnt sei und nur ein Teil der angeforderten Mittel auf zwei Jahre bewilligt werden sollte. Die konservativ Partei geht davon aus, daß die Besoldungsaufbesserung nur zu kommen könne, wenn ausreichende Mittel bewilligt und außerdem diese Mittel dauernd sichergestellt würden. Eine Erklärung der Staatsregierung ist notwendig, um zur Besoldungsordnung endgültig Stellung nehmen zu können.

**kleine Tagesnachrichten.**

— Ben Sli man, der Minister des Auswärtigen des Sultan Abdül Afis, ist am 10. Dezember in Bes gest o r b e n .

**Halle und Umgebung.**

Halle a. S. 15. Dezember.

**Stadtverordneten-Sitzung.**

Halle 11. Dezember.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Stecker, Justizrat Höhring, Baumeister Gygas und Fabrikant Grefler.

Zunächst werden einige Eingänge verlesen. Der Verein der selbständigen Gärtner ersucht in einer Eingabe, die Verpachtung möge dahin wirken, daß der Magistrat die Grabpflege auf dem Stadtgottesacker nicht in eigene Regie nehme.

Herr Oberbürgermeister Dr. Nive entgegnet, daß weder der Magistrat noch die Gottesackerdeputation beschließen habe, die Grabpflege in eigene Regie zu nehmen. Die Petition wird dem Magistrat übergeben.

Der Obermeister der Schmiedeinung hat eine Petition überreicht, in der gebeten wird, der städtischen Schmiedewerkstätte nicht einen Rahmen zu geben, daß das Fallbeil der Schmiedehandwerk darunter leidet, sondern den Werkstätten der Schmiedewerkstätte einzuschränken. Die Petition geht an den Petitionsausschuß.

Der Herr Vorsitz er macht darauf aufmerksam, daß die Vorlage der

**Steuer nach dem gemeinen Wert**

das Plenum in der nächsten Sitzung am kommenden Montag beschließen werde, dagegen werde man über den beantragten Kauf des Zoologischen Gartens erst im neuen Jahr beschließen können.

Auf eine Anfrage des Herrn St. Thiele teilt Herr Oberbürgermeister Dr. Nive mit, daß der städtische Verwaltungsrat diese Woche zur Ausgabe gelangt, der neue Etat aber entsprechend den gesetzlichen Vorschriften erst Anfang Januar. Danach tritt man in die Lageordnung ein.

1. Der ursprünglich für die Errichtung des Beamtenwohnhauses auf dem Grundstück des Beamtenschaftsvereines vorgesehene Platz wird durch die notwendig gewordene Erweiterung des Wertes zur Aufstellung eines Unterflurkellers anderweitig gebraucht. Das Kuratorium des städtischen Elektrizitätswerkes beabsichtigt deshalb, den bereits genehmigten Wohnbau an einer mehr nach Westen gelegenen Stelle aufzuführen. Die Verammlung stimmt zu. (Ref. Herr St. Gie.)

2. Die Witwe Marie Voigt geb. Preßler beabsichtigt, die von ihrem Grundstück Martinsberg 9 Hufschlammstraße zur Schimmelstraße entfallende Parzelle von 53 Quadratmeter Flächeninhalt an die Stadtgemeinde abzutreten und die aus dieser Straße zum Grundstück entfallenden Parzelle von 22 Quadratmeter und 1 Quadratmeter und von 29 Quadratmeter Größe zu erwerben. Es soll ein Landaustausch stattfinden ohne Barvergütung. Die Verammlung genehmigt den Antrag. (Ref. Herr St. Gygas.)

3. Herr St. Emmer referiert namens des Bauausschusses über die Petition des Haus- und Grundbesitzervereins Halle-Nord wegen

**Einrichtung des Friedhofes an der Dessauerstraße.**

Der Bauausschuß hat sich überzeugt, daß es dringend nötig ist, namentlich im Interesse von Giebiensheim, das seine Toten jetzt in Trotha begräbt, den neuen Friedhof anzulegen. Es werde nur ein Friedhof der Armen und mittleren Leute werden, der andere Trotha könne weiter verpackt werden; das Projekt, das einst vorlag, könne keine Abstriche vertragen. So sei man sich darüber einig, daß, wenn in Preußen mit der Feuerbestattung erlaubt werde, die Verbrennungsanlage sicherlich mehr im Zentrum der Stadt ihren Platz erhalte, vielleicht auf dem Stadtgottesacker oder auf dem Südfriedhof. Das Bauamt möge über die Einrichtung des neuen Friedhofes schnell eine neue Vorlage ausarbeiten. Die Petition beantragte der Referent dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Herr St. Spindler plaidiert im ähnlichen Sinne. Einen Zentralfriedhof in mellenweiter Entfernung von Halle anzulegen, sei nicht angebracht; im Gegenteil, solle man froh sein, daß man nahe der Stadt nach verschiedenen Richtungen bequem gelegene Friedhöfe habe. Das Projekt, das l. St. für den neuen Friedhof an der Dessauerstraße ausgearbeitet sei, verlaufe nicht auf viel; da ließe sich noch ganz gewaltig sparen. 225 420 Mark solle der Grunderwerb, 110 000 Mark seien für Wege und Plätze vorgesehen; aus ob das nötig sei? 21 500 Mark für Kanalisation; auch damit könne man noch warten. 13 800 Mark für eine Wasserleitung, 28 000 Mark für Befestigung des Friedhofes, 375 000 Mark für bauliche Anlagen, Kapelle, Wartehalle, Leichenhalle usw., eine ganz außerordentlich hohe Summe, 280 000 Mark für Straßenausbaufolgen, aber darin könne vor allen Dingen gespart werden. Chausseierung, die halb so teuer ist, läte es auch. Kurz: insgesamt würden 1 500 000 Mark nötig sein. Demgegenüber solle man sich mal vor Augen halten, daß der Südfriedhof nur insgesamt mit allen Gebäuden 300 000 Mark koste. Und der neue Friedhof sei nicht größer als der Nordfriedhof.

Herr St. Emmer äußert sich nochmals in ähnlichem Sinne.

Die Verammlung beschließt darauf, die Eingabe dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

4. An den Grundbesitzer von Liebenauerstraße 18 bezw. an den für ihn eingetretenen Maurermeister Friedrich beichtigt man, 150 Mark zurück erhaltene Kanalanschlußgebühren aus Kap. XIX 12 zurückverpflichten. (Ref. Herr St. Herzfeld.)

5. Für Analarbeiten in Gröfwill werden 36 000 Mark bewilligt. (Ref. Herren Stv. Reichert und Colberg.)

6. Um den im Süden der Stadt tätigen Gefährten und Arbeiter der Straßenreinigung bei ungenügender Witterung und während der Mittagszeit einen geeigneten Aufenthaltsraum zu schaffen, ist von der Straßenreinigungsdirektion die Erbauung eines Pferdealles neben der Feuerwache „Süß“, mit Remise und Aufschaltrraum für die Arbeiter, als notwendig erachtet worden. Damit aber auch ein Teil der Ertragsenergie hier untergeleitet werden kann, wird beabsichtigt, einen Holzstuppen neben dem Hauptdepot (Klosterstraße 6) abzubauen und neben dem Pferde stall an der Kaufstedterstraße wieder zu errichten.

In Verbindung mit diesen Arbeiten ist eine Vergrößerung des etwas klein bemessenen Hofes der Feuerwache „Süß“ in Aussicht genommen. Die Stadtverordnetenversammlung erwidert sich damit einverstanden. (Ref. Herren Stv. Reichert und Ahmann.)

7. Der Etat der Geklöwster Köfer-Stiftung für das Jahr 1909 wird in Einnahme und Ausgabe auf 8240 Mark festgelegt. (Ref. Herr Stv. Diegel.)

8. Die Vermögensbestände der Stadthauptkasse sollen in folgenden Fonds vermerkt werden: Betriebsfonds, Cultus- und Schulfonds, Anleihefonds, Schulbauausbaufonds. Es ist dazu eine umfangreiche Druckfrist eingereicht, ein näheres einzig um eine Maßregel der Verwallung handelt. Die Verwallung stimmte den Anträgen zu. (Ref. Herr Stv. K n a b e.)

9. Der Etat der Hospital-Verwallung für 1900 wird in Einnahme und Ausgabe auf 77 000 M. festgelegt. (Ref. Herr Stv. Diegel.)

Herr Stv. Thiele bringt Beschwerden über schlechtes Eisen und mangelnde Baugelegenheit vor. Herr Stadtrat Kloppeleisch und Herr Stv. K n a b e treten den Beschwerden, die unbedeutend seien, entgegen.

10. Den Etat der Wessler Karl Müller-Stiftung für das Rechnungsjahr 1909 stellt die Verwallung in Einnahme und Ausgabe bei der Passivseite auf 4550 M. und bei der Aktivseite auf 3380 M. fest.

11. Die Lieferung der zum Neubau der Oberrealschule erforderlichen Werksteine war durch Vertrag vom 26. Oktober 1905 dem Steinbruchsbesitzer Franz Jeller in Mittelnberg übertragen worden. Bald nach Beginn der Lieferungen (November 1905) trafen die einzelnen Steinladungen unregelmäßig ein. Trotz öfterer Aufforderung und Androhung der Lieferungsverweigerung, konnte eine schnellere Lieferung der Steine nicht erzielt werden, so daß es auf der Baustelle öfters an Werksteinen mangelte und insfolgedessen die Mauer im Februar und April 1906 stehen mußte. Als Veranlassung für die unregelmäßigen Lieferungen gab Jeller stets an, daß es ihm unmöglich sei, schneller zu liefern, da in den Bräulen wegen ungenügender Witterung der Betrieb oft habe eingestellt werden müssen. Da durch das Fehlen der Werksteine alle Bauarbeiten stockten, und hierdurch die rechtzeitige Fertigstellung des Baues in Frage gestellt war, wurde dem Steinbruchsbesitzer Jeller die Lieferung, nach Anhörung der juristischen Kommission, entzogen und ihm mitgeteilt, daß er die Mehrkosten, welche durch Vergebung an einen anderen Unternehmer entstehen, zu tragen hätte. Die bei der zweiten Vergebung erzielten Preise ergaben 4304,90 M. Mehrkosten. Der Steinbruchsbesitzer Jeller bittet nun, von dem Abzug dieser Mehrkosten abzusehen, da es nicht in seiner Macht gelegen hätte, seinen Verpflichtungen nachzukommen, sondern er lediglich für die schlechten Witterung preisgeben gewesen sei. Unter Berücksichtigung des Umfandes, daß das Brechen und Bearbeiten der Steine, wie überhaupt die ganze Lieferung während des Winters 1905/06 und in der darauf folgenden Heberungszeit erfolglos mußte, und Jeller der gute Wille, seinen Verpflichtungen nachzukommen, nicht abzupreisen ist, hat die Baudeputation am 24. November d. J. beschlossen, dem Genannten die Hälfte der Mehrkosten der zweiten Vergebung (2152,45 M.) zu erstatten.

Herr Stv. Gygas als Referent empfiehlt die Vorlage.

Herr Stv. Emmer meint, jene Mehrkosten seien nicht die einzigen, der Bau sei um ein halbes Jahr verzögert worden, das bedeute einen großen Zinsverlust, der die Summe, um die die Stadt selbständig werde, auf mindestens 10 000 M. bringe. Ungünstige Witterung sei kein genügender Grund. Der Mann sei eben nicht leistungsfähig gewesen; da hätte man den Auftrag doch lieber an einen Fallischen Meister geben sollen. Er bittet um Ablehnung der Vorlage oder Verweisung an den Bauausschuß.

Herr St. Thiele unterstützt den Antrag.

Herr St. Borges ist gleichfalls für Verweisung an den Bauausschuß.

Die Verwallung beschließt in dem Sinne.

**Pharmazeutische Prüfung.**

Vor der hiesigen pharmazeutischen Prüfungskommission haben folgende Kandidaten der Pharmazie die Staatsprüfung abgelegt: Die Herren Georg Barth aus Magdeburg, Kurt Böse aus Jorshofen, Hermann Fendel aus Granzow, Reinhold S a a r m a n n aus Halle a. S.

**Kolonial-Verein.**

**Herren-Abend.**

Zu dem Herren-Abend, den der Verein gestern im „Reichshof“ veranstaltete, hatte sich eine zahlreiche Gesellschaft von Herren vom Zivil und Militär eingefunden.

Nach einigen vereinsgeschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden, aus denen hervorging, daß der Verein zurzeit 553 Mitglieder besitzt, ergriff Herr Hauptmann Schmidt, der längere Zeit in Kamerun eine Station geleitet hat und demnächst wieder hinausgeht, das Wort zu seinem Vortrage über den

**Eisenbahnen in das Hinterland von Kamerun.**

Duala, die aufstrebende Kolonialstadt, so führte der Redner aus, ist der Punkt, von dem her vornehmlich die Bahn (Nordbahn) ausgeht. Die verlässlichen Schiffsfahrverhältnisse auf dem Mangofluße machen den Platz ganz besonders geeignet. Trotz der sehr schwierigen Bauverhältnisse sind die ersten 10 Kilometer der Bahn bereits fertig, und die Betriebsleitung hofft, im Frühjahr 1910 die gesamte bisher bewilligte Strecke zu vollenden.

Die ersten Frachten, die befördert werden, dürften Früchte und Edelholzler sein.

Mit der Erreichung des Berglandes wird die Bahn zum eigentlichen Schlüssel des ganzen Gebietes mit seiner ausgedehnten Wirtschaft und Viehzucht-Möglichkeit. Aber — und auch Tabakbau haben in diesem Bergland mit seinem vorzüglichen Klima die besten Aussichten. Die Bevölkerung ist intelligent und sehr brauchbar.

Zweiter steigt die Bahn dann in das eigentliche Kamerun-Sochplateau bis 1500 Meter. Auch hier sind die Bauverhältnisse günstig, jedoch ist leider das eingeborene Vieh stark degeneriert.

Die Südbahn geht direkt von Duala aus und überbrückt die Duala-Büschel. Doch sind hier die Arbeiten noch nicht über die Projekte hinaus gediehen. Man hofft insofern, in zwei Jahren Bau zu haben. Dann erst wird sich zeigen, was in Zukunft bisher etwa stiefmütterlich behandelten Gegenden nach der Arbeit geleistet worden ist. Die Bahn wird hier große Wirt-

**Seeer und Flotte.**

— Kaiserliche Marine. Der Reichspostdampfer Prinz Ludwig ist mit den vom Kreuzergeschwader abgelassenen Offizieren und Mannschaften am 12. Dezember in Colombo (Ceylon) eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise nach Wien fortgesetzt. S. M. S. Siena ist am 12. Dezember in Dominica eingetroffen und am 13. Dezember von dort nach St. Thomas in See gegangen. S. M. S. Sperber ist am 13. Dezember in Rome (Togo) eingetroffen. S. M. S. Seeadler ist am 14. Dezember von Dar-es-Salaam nach Bagamoyo in See gegangen. Der Reichspostdampfer Perlinger ist mit dem Refraktentransport für die Marinefeldbatterie des 3. Gebatallions an Bord, ist am 12. Dezember in Singapore eingetroffen und an demselben Tage weitergegangen. S. M. S. Mittelbach ist am 12. Dezember in Wilhelmshaven eingetroffen. S. M. S. Mettenberg und Jähningen sind am 12. Dezember nach Kiel nach Wilhelmshaven in See gegangen. S. M. S. Schwaben ist am 12. Dezember von Wilhelmshaven in See gegangen und am 13. Dezember in Kiel eingetroffen. S. M. S. Hag ist am 12. Dezember von Helgoland nach Bremerhaven und am 14. Dezember wieder in See gegangen. S. M. S. Pelikan ist am 11. Dezember, S. M. S. Delphin am 12. Dezember in Kiel eingetroffen. — Privatpafete. An die im Schutzgebiete Kautschou und auf den Schiffen der ostafrikanischen Station befindlichen Marineangehörigen können Privatpafete zu den bekannten Beförderungsbedingungen kostenfrei geschickt werden, wenn sie bis spätestens 6. Januar 1909 bei der Magazin-Verwallung der Werft Wilhelmshaven gebührenfrei eintreffen.

**Ausland.**

**Holland und Venezuela.**

**Castros Krankheit fingiert?**

Während bisher kaum eine Stimme laut wurde, die an der Echtheit von Präsident Castros Nervenleiden zweifelte, liegt heute eine Nachricht vor, die der Reise des Präsidenten rein politische Motive unterstellt.

Eine Meldung des „Petit Parisien“ aus Bordeaux besagt:

Castros Krankheit magde den Eindruck einer diplomatischen Krankheit. Davon zeuge schon seine Lebensweise. Noch am Abend seiner Ankunft in Bordeaux ließ sich Castro mehrere Gläser des teuersten Cognacs zum Preise von 120 Francs pro Flasche in seine Appartements kommen. Am nächsten Morgen fand man die Gläser bis auf den letzten Tropfen abgetrunken, was, speziell er an der Tafel mit großem Appetit und trank die kostbarsten Weine und Liköre. Der Pariser Hotelier rühmt Castro als einen glänzenden Gaist. Der Präsident habe über das Hotel und seine Bekannten einen wahren Sündenbock niedergehen lassen. Am Abend seiner Ankunft in Paris hat Herr Castro ganz unbemerkt aus einem Hochzeitsballe in seinem Hotel heimgekehrt. Er fand, daß die Pariserinnen sehr große Tänzerinnen seien.

Weber den Zweck der Reise Castros nach Berlin verleiht, der Präsident beschuldigt, Deutschland für die Rolle eines Vermittlers zwischen Venezuela und Holland zu gewinnen. Außerdem wüßte Castro in Deutschland eine Anleihe für Venezuela abzuschließen. Man zweifelt hier jedoch, daß sich das deutsche Kapital ohne weiteres dem Präsidenten zur Verfügung stellen werde.

Daß Castro bei seiner Reise auch politische Zwecke im Auge hat, ist nur wahrscheinlich. Damit ist aber keineswegs die Unrechtheit der Krankheit erwiesen. Vielmehr spricht die Tatsache, daß der Präsident sich bei Professor Israel anmelden ließ für das Vorhandensein des Leidens.

Die Meldungen über einen Appell an Deutschland wird man gut tun, sehr skeptisch zu betrachten. Deutschland hat nicht die geringste Veranlassung für den venezolaner oder für Holland die Kassen aus dem Feuer zu holen.

**Die Ankunft Castros in Berlin**

Ist für Montag nachmittags 5 Uhr angelegt. Der Präsident von Venezuela hat vier Gala-Automobile und sechs andere Autos für seinen persönlichen Gebrauch bestellt. Die Ankunft Castros und seine Berliner Ausfahrten sollen möglichst unauffällig erfolgen, da der exotische Machthaber eine ganz besondere Furcht vor — Anarchisten hat.

**Begnahme eines venezolanischen Schiffes.**

Willemslad, 14. Dez. Der holländische Kreuzer „Gelderland“ hat am Sonnabend das venezolanische Küstenwachschiff „Aliz“ außerhalb von Puerto Caballo aufgebracht. Das Vorgehen der Holländer war deutlich zu sehen, doch gab die Forts von Puerto Caballo kein Feuer. Auf der „Aliz“ wurde die holländische Flagge gehißt und die Besatzung an Land geschickt. Sodann wurde die „Aliz“ mit Holländern besetzt und hierher gebracht, wo sie heute morgen unter großer Begeisterung der ganzen Insel Curaçao eintraf.

**Die türkisch-österreichischen Verhandlungen.**

Aus Konstantinopel, 14. Dezember, liegt folgende Meldung des Wiener A. S. Telegraphen-Büro: „Seri Gazette“ sagt zur Eröffnung der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, sie glaube, daß die Verhandlungen bald günstig enden werden, und daß Oesterreich-Ungarn sie nicht dadurch hindern werde, daß es Schabenerlag für den Boykott verlange. „Sabah“, meint, es ist nötig und richtig, daß die Worte bei den Verhandlungen eine feste und ernste Politik verfolgen und alles anwenden, um die Freiheit und Ehre entsprechend der verletzten Rechte der Nation zu sichern.



Castros Depesche an den Kaiser.

Berlin, 14. Dez. (Privat-Telegramm der „Saale-Zeitung“.) Ein Redakteur des „Reichs-Telegraph“ hatte Gelegenheit, den Präsidenten Castro auf seiner Reise nach Berlin unterwegs im Salonwagen zwischen Hannover und Stendal zu sprechen. Castro, der sehr gut aussehend und durchaus nicht den Eindruck eines schwermütigen Mannes macht, äußerte sich mit Worten der Anerkennung und des uneingeschränkten Lobes über seine Fahrt durch Deutschland, bei dessen Betreten er von der Grenze aus ein S u b j u g u n g s t e l e g r a m m an den Kaiser abgehandelt habe. Castro, der seiner Bezeichnung für den Kaiser bereiten Ausdruck gab, erklärte, daß er als Privatmann komme, jede politische Mission liege ihm fern.

Berlin, 14. Dez. Präsident C a s t r o ist heute abend hier eingetroffen.

Attentat auf einen Militärposten. Meß, 14. Dez. (Privat-Telegramm.) In der Nacht zum Sonnabend wurde, wie der Polizeibericht meldet, ein auf dem Plönierbüschelplatz bei Lönigenliebe stehender Posten von der 1. Kompanie des 20. Infanteriebataillons angegriffen. Der Angreifer gab einen Schuß auf den Posten ab und verfehlte ihn an der rechten Hand. Der Posten gab auf den Angreifer Feuer, verfehlte ihn aber, worauf der Angreiffene noch einen zweiten Schuß auf den Posten abfeuerte. Der Angreifer konnte in der Dunkelheit entkommen, wurde jedoch geftern verhaftet.

Aus der französischen Depuliertenkammer. Paris, 14. Dez. Die Depuliertenkammer nahm heute einen Gesetzentwurf an, nach dem die Inseln Anjouan, Mohelli und Grand Comore zu französischen Kolonien erklärt werden. Daraus wurde in der Bernata des Einmengeneregeses fortgefahren.

Aus dem englischen Unterhaus. London, 14. Dez. Die 3. Lesung des Gesetzentwurfes betr. den 8 t ü n d i g e n A r b e i t s t a g der B e r g a r b e i t e r wurde mit 264 gegen 89 Stimmen angenommen.

Diebstahl auf einem englischen Kreuzer. London, 14. Dez. Nach einer Meldung des Kent. Bur. sind von dem geschützten Kreuzer „Ameholst“, der in Portsmouth für eine Ausfahrt im Anfang nächsten Jahres zum Dienst an den Küsten Afrikas und Südamerikas bereit gestellt wird, Teile der W i l d e r a p p a r a t e seiner 12 - C e n t i m e t e r - G e s c h ü t z e über Bord geworfen worden. Als der Tat verdächtig wurden drei Mann verhaftet.

Beginn der Repressalien Hollands gegen Venezuela. Haag, 14. Dez. Der niederländischen Regierung ist die Wegnahme des venezolanischen Schiffes, das im Verdacht lag, Munition für andere Döfen an Bord zu führen, beklagt worden. Mit der Befehlsgabe hat die niederländische Regierung mit der Ausführung von Repressalien begonnen, die, wie sie behauptet, den völkerechtlichen Grundsätzen nicht zuwiderlaufen. Die Niederlande haben das venezolanische Volk davon in Kenntnis gesetzt, daß sich die Repressalien gegen die Regierung Castros und nicht gegen die Bevölkerung richten. Es wird zugegeben, daß sich der Streitfall in einer neuen Phase befindet. Die Gerüchte von einer Kriegserklärung werden jedoch demontiert.

Haag, 14. Dez. Amlich wird bekanntgegeben, die Regierung sei von den Maßnahmen gegen das venezolanische Regime C a i r o s geschritten, um sich Garantien zu schaffen, daß sich die Verhaftungen niederländischer Schiffe nicht wiederholen, bezüglich welcher Castro eine begründete Erklärung für die Zukunft nicht habe abgeben wollen.

London, 14. Dez. Wie über Portugal von Caracas gemeldet wird, hat der venezolanische Minister des Äußeren dem diplomatischen Korps eine Protestnote in die wiederholte Verletzung territorialer Rechte Venezuelas durch die holländischen Kriegsschiffe überzandt.

Zur Eröffnung der türkisch-österreichischen Verhandlungen.

Konstantinopel, 14. Dez. Ein Leitartikel des Komitees „Schura Umme“ sagt zur Eröffnung der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn: Die Pforte hegte keine kriegerischen Gedanken und verlangte keine Autonomie für Bosnien. Die Bedingungen der Pforte seien außer der Zustimmung an der Staatschuld und dem Zolltarif die Auspreisung jener Punkte, welche die ottomanische Justiz beschränken. Durch Wahrung der österreichisch-ungarischen Postämter und durch Unterstützung des türkischen Konferenzverlangens sei es möglich, daß diese wirtschaftliche Entente durch gewisse Spezialentente verstärkt werde. Wünschenswert sei es, zu behaupten, daß die Entente, wie ein Wiener Blatt sagt, in einer Nacht fertig werde, aber es liege kein S i n d e r n i s vor, daß dies in einer Zeit von zwei Wochen geschehen könnte. Unbedingt nötig sei es, daß die Entente bis zur Konferenz geheim gehalten werde, um nicht wertvolle Spekulationen auf der Balkanbahnlinie zu wecken. Der Abschluß der Entente könne sofort die Stillierung des Kontosts herbeiführen. Am Interesse der Türkei müssen die Mächte die Entente bestätigen.

Wiederaufnahme der türkisch-bulgarischen Abhängungsverhandlung.

Sofia, 14. Dez. (Meldung des Wiener A. R. Telegr. Korz.) Die Leuten von den hiesigen Vertretern Oesterreich-Ungarns und Deutschlands unternommenen Informationsschritte bei der bulgarischen Regierung wurden von letzterer geftern durch eine Verbalnote beantwortet, worin sie sich bereit erklärt, die mit der Türkei unterbrochene Abhängungsverhandlung wegen der Wahngesellschaft wieder aufzunehmen.

Mannheim, 14. Dez. Die „Landeszeitung“ meldet: Durch Vermittlung des Oberbürgermeisters M a r t i n i haben die Angelegenheiten des Straltes bei den Trebelwerten heute zu einer Einigung geführt.

London, 14. Dez. Der König nahm heute im Buckinghampalast die J u d e i t u r derjenigen Personen vor, denen kürzlich Odensauszeichnungen verliehen worden waren.

des Präsidenten Faure, der damals beabsichtigte, seiner Geliebten eine eigene Wohnung einzurichten. Frau Steinheil benutzte diesen Umstand, um ihren Gatten, der damals noch über den Verbleib seiner Frau Rechenhaft verlangte, sechs Monate lang mit der Redensart zu beruhigen: „Ich komme vom alten Bonnat.“ Dies tat sie auch am frischen Abend, als sie den herben Faure verlassen hatte. Bonnat erfuhr erst viel später von diesem Mißbrauch seines Namens. Das Bonnatische Wort der Frau Steinheil befindet sich vor profanen Mäulern höchst im Rinnloch.

Der Steinheil-Affäre hat sich nun auch der Spiritismus bemächtigt. Jetzt ist die erste Nummer einer lediglichen der Steinheilische gewidmet, auf schwarzem Papier weißgedruckten Zeitung, betitelt „Geisteserscheinung“ erschienen. Den Inhalt der vorliegenden Nummer bilden Erzählungen der Vorgänge in der Morbnacht durch die Geister des Malers Steinheil und seiner Schwiegermutter. Ueber die Stellung des Publikums zu dem Drama rezipiert der Gil-Blas: „Hätte Madame Steinheil nicht die Manipulationen mit der Perle und ihre vielfachen Lügen auf dem Gemüße, sie wäre eine überaus sympatische Persönlichkeit. Wieviel Unrecht ist ihr in der letzten Zeit nur geschehen? Die intimsten Dinge wurden ausgegraben und an den Pranger gestellt! Zwei Dinge sind nun möglich. Entweder wird die Angeklagte binnen kurzem in Freiheit gesetzt werden müssen, oder aber sie kommt vor die Geschworenen und wird von ihnen — freigesprochen. Wenn nicht irgend ein neues Moment eintritt, ist eine andere Lösung der Affäre ausgeschlossen. Dabei beginnt die Stimmung für sie immer wärmer zu werden, die Angriffe gegen den Untersuchungsrichter mehren sich. Sollte das Drama nicht bald aus der Welt geschafft werden, so könnte wohl der Fall eintreten, daß die schöne Madame Steinheil als Märtyrerin gefeiert wird.“

Der „Prozess der zehntausend Weiber“.

In Bilbao begann geftern ein Sensationsprozeß, den der Volksmund als den „Prozess der zehntausend Weiber“ bezeichnet. Die Vorgeschichte ist folgende: Im vergangenen Jahre wurde ein früheles Jela Rajona wegen Ermordung ihres Bräutigams zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, was den Frauen von Bilbao die Veranlassung gab, der Verurteilten eine Sympathieadresse zu übermitteln. Mehr als zehntausend Frauen beteiligten sich an dieser Kundgebung, zu der sie ein Redakteur des Lokalblattes Literat, namens Manuel Kranz, aufgefordert hatte. Ein Ausschuß von sechs hübschen Mädchen hatte dann der verurteilten Wöberin die Adresse überreicht. Nun haben sich nicht nur diese sechs Mädchen, sondern alle die Frauen, welche die Adresse unterschrieben haben, vor Gericht zu verantworten. Die Zahl der geladenen Zeugen ist unheimlich groß. Die Verhandlungen werden mit ungeheurer Spannung erwartet.

Die Tat eines Irren. Der Köstli Lebusch in Arensdorf, Reg.-Bez. Frankfurt a. M., erdolletes grandios seine Frau und erlangte sich sodann in Gegenwart seiner drei unmündigen Kinder. Lebusch war seit längerer Zeit geistig nicht normal.

Eine ganze Familie im Verlogungswahn. Der unheimliche Fall, daß eine ganze Familie von Verlogungswahn ergriffen wird, ereignete sich in Casa Manara, in der Nähe von Bahia (Italien). Dort lebte ein Bauer mit seiner Frau, drei erwachsenen Töchtern und einem Sohne. Die älteste Tochter, 34 Jahre alt, verlebte sich in einem Jüngling von 18, der ihre Liebe jedoch nicht erwiderte. Das Mädchen grämte sich, wurde krank und bekam plötzliche Anfälle von Verlogungswahn, die immer mehr zunahm. Sie hiebte sich ein, das ganze Dorf habe sich verlobet, um ihre Liebe zu durchkreuzen. Nach einiger Zeit wurden auch die übrigen Mitglieder der Familie von diesem Wahn ergriffen. Die Here des Dorfes verlorste den bösen Geist durch allerdand Beschwörungen zu verschonen. Aber ehe sie mit ihren Verlobten zu Ende gekommen war, nahm die Familie den Kampf mit dem bösen Geist selbst auf. Sie bemächtigten sich mit Hadbeilen, geistlich selbstige Möbel und die Fußböden des Hauses, schafften die Trümmer auf die Straße und gläubten sie dort an. Und als der böse Geist auch dann noch nicht wich, verbarstärkten sich die Ungläubigen in ihrem Haus. Jetzt hielten die Dorfbewohner Carabiner herbei, die eine regelrechte Belagerung des Hauses einleiteten. Endlich gelang es, durch ein Fenster in die Stube des Hauses zu dringen. Die Wahninnigen hatten sich mit Senen und Weilen bemächtiget, und da sie sich nicht ergeben wollten, kam es zu einem w i d e r K a m p f, in dessen Verlauf einige der Gendarmen verwundet wurden. Schließlich gelang es, die Familie zu fesseln und in die Irrenanstalt zu überführen.

Großer Juwelen-Diebstahl. In Pizga verübten mehrere Einbrecher einen ganz merkwürdigen Einbruchdiebstahl bei einem dortigen Juwelier. Die Diebe drangen nachts in das Geschäftslotal, bohrten mittels Acetpflamme, die sie durch ein Rohr auf die etwa 10—15 Zentimeter dicke Kassenrahmwand stießen, ein handgroßes Loch und raubten Schmuckgegenstände im Werte von 60 000 Francs. Das Interzessante am Einbruch war, daß das Gold der Schmuckgegenstände infolge der großen Hitze vollständig geschmolzen war, während mehrere Edelsteine verlorst oder in Wüstenform delagen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Verdächtige Entdeckungen an Bord. Ueber den aus Antwerpen am Sonnabend in London anlangenden Dampfer „Mision“ wurde die Quarantäne verhängt, weil auf der Reize zwei Auswanderer an einer verdächtigen Krankheit erkrankten, zwei andere und der Kapitän erkrankt waren.

Wesentliche Gemeindefunktionen. Nachdem vor einigen Wochen bereits gegen Magistratsmitglieder der W ü f f e l e r Gemeinde Scharbad eine gerechtfertigte Unternehmung eröffnet wurde, die noch nicht, ist nun auch der Staatsanwalt am Sonnabend abend im Rathaus der Wüffeler Ortsgemeinde erschienen, um Ausladung zu fassen und die Stadtrichter zu beschlagnahmen wegen der gegen Beamte in hohen Stellungen gerichteten Beschuldigung fortgesetzter Verlesungen.

Unterhaltungsblatt.

Remedis. Roman von E. v. d. Landen. (Fortsetzung.) — Der Weihnachtsmann in Sabel und Helm. Von Käse Lubowski. — Warte Zeitung: Ein Nachts- und Neujahrstribut Niesches. Napoleon über die Liebe. Der Vorläufer des Phonographen. — Literatur.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: J. R. Ewin Alexander-Kab; für den Inlandsteil: Friedrich Endulst; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließl. „Unterhaltungsblatt“.

\* Erfurt, 12. Dez. (Die Wertgumachereuer.) Der Magistrat hat eine Vorlage betr. die Einführung der Wertgumachereuer ausgearbeitet. Die Statutenordnungen werden in nächster Sitzung darüber verhandelt.

Kahla, 12. Dez. (Der Ausbrecher) Forstlandreher Rauthe, der aus dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis ausgebrochen ist, wurde geftern in Lubowitzdorf in Bayern aufgegriffen.

Asterfeld, 13. Dez. (Erpreßnisse-Versuch.) Bergange Woche erhielt die Witwe Hoffmann hier einen Brief mit der Aufforderung an einem näher bezeichneten Orte einen Hundertmarkschein niederzulegen, andernfalls sie mit Erschießen bedroht wurde. Den Bemühungen der hiesigen Polizei ist es geftern abend gelungen zwei der Tat verdächtige junge Burgen zu ermitteln und zu verhaften.

Groß-Sulza, 13. Dez. (Die am Hummelberg gelegene Longrube) der Magdeburger Bau- und Kreditbank ist von der Firma A. & W. Menckhoff käuflich erworben. Das Terrain soll mit gärtnerischen Anlagen versehen werden und zur Hebung des Hummelbergwerkes dienen.

Neustadt a. S., 13. Dez. (Verhaftung.) Geftern wurde der Schuhmacher Paulide wegen Verdachts der Brandstiftung vom Gendarmen verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis in Tisdorf eingeliefert.

Köthen, 12. Dez. (Wieder ein Baumfrevel.) Auf dem Wege von Gröbzig nach Gerolobow geftern neun junge Bäume und sieben Pflanzenbäume abgehauen. Die Bäume gehören der Domäne Gröbzig, die in diesem Jahre bereits zum dritten Male durch eine derartige Freveltat geschädigt worden ist.

Hüttingen, 14. Dez. (Kranke.) Geftern nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr freisten zwischen hier und Keilba in nicht hoher Entfernung unglückliche Kranke und zogen langsam nach Südbewen, eine Seltsamkeit im Dezember.

Gamburg, 14. Dez. (In der Zuckerfabrik) erlitten vorgestern zwei Arbeiter durch Verbrühen schwere Verletzungen.

Bad Sulza, 12. Dez. (Selbstmord auf den Schienen.) Ein etwa 50jähriger Mann warf sich hier vor einem Eisenbahnzug und wurde sofort getötet. Der Tote soll ein Schuhmacher aus dem Harzstädtchen Bennediktstein sein. — Eisenach, 12. Dez. (Im Bettstewer) um den Behauptungsfall des Johannistal erhielt den ersten Preis der Architekt Hansen in München, den zweiten die Architekten Carobius und Schmpulla in Eisenach, den dritten Borkomst in Barmen.

Gerichtsverhandlungen.

Leipzig, 14. Dez. Das Reichsgericht befähigte zwei Todesurteile. Vom Schwurgericht Ravensburg wurde am 17. Oktober der Gärtner Josef Weber wegen Mordes, und vom Schwurgericht Offenburg am 23. Oktober der Schneidergeselle Adiel Fiedelsohn wegen Ermordung eines Leberhändlers aus Kötzig zum Tode verurteilt. In beiden Sachen wurde die Revision der Angeklagten verworfen.

Vermischtes.

Nachmals das Heidelberger „Schwarze Brett“.

Zu unserer kürzlich veröffentlichten Mitteilung „Zum schwarzen Brett unserer Universität“ sei noch folgendes mitgeteilt: Interessant und sehr merkwürdig ist auch ein Erlaß vom 15. April 1908, der gleichfalls das berühmte „Schwarze Brett“ der Heidelberger Universität ziert. Er hat folgenden Wortlaut: „Es sind in lehrer Zeit öfters Klagen laut geworden, daß Studierende im Verkehr mit Beamten der Universität und der Universitätsinstitute (Büchseher, Sekretariat, Kanzlei, Kautler usw.) es an der unbedingten nötigen S i d l i c h e i t fehlen lassen. So ist umschied darüber geflagt worden, daß Studierende, ohne die Stoffbedeckung abzunehmen, mit brennender Zigarre und rauchend, sogar mit Händen auf den Amtszimmern erschiene sind, und sich, wenn sie auf die Angehörigkeit aufmerksam gemacht worden sind, in wenig lattvoller Weise benommen haben. Die Herren Studierenden werden darauf hingewiesen, daß derlei Vorkommnisse gegen die gute Sitte verstoßen und daß, wie von den Universitätsbeamten zuvorkommend des Wesen und Freundlichkeit gegenüber den Studenten erwartet wird, so auch von letzteren das entsprechende geziemende Verhalten durchaus gefordert werden muß. Zuvörderst sind gegen diese Warnung werden nötigenfalls durch Disziplinarkraften eingeschritten werden.“

K o s s e l, P r o r e k t o r.

Wiederum empfiehlt es sich, dem Rektorator der Ruperto Carola — neben dem Text- und Reitlehrer — auch einen Anstandslehrer anzufügen.

Panik in einem Newyorker Theater.

In einem Theater Newyorks hat sich geftern nachmittags ein schlimmes Unglück zugetragen, bei dem zahlreiche Personen schwere Verletzungen erlitten. Das Theater war mit Zuschauern überfüllt, die mit solcher Wucht gegen das Geländer eines Balcons gedrückt wurden, daß dieses nachgab und fünfzehn Personen auf die Köpfe der im Parterre Sitzenden herabfielen. Hierbei wurde einer der letzteren getötet. In wilder Flucht drängte nun alles den Ausgängen zu. Die Angeheften des Theaters und die schnellst requirierte Polizei taten ihr möglichstes, die Leute zu beruhigen, konnten aber nicht verhindern, daß Duzende von Personen in dem fürchterlichen Gedränge schwer verletzt wurden.

In der Depesche ist der Name des Theaters nicht genannt; aller Wahrscheinlichkeit nach aber war eines der berühmten Theater der Schauplay der wilden Panik, denn nur in den deutschen Theatern wird des Sonntags in Newyork gespielt.

Frau Steinheil und der „Alte Bonnat“.

Bei ihren Extratouren während der Ehe mit dem Vater Steinheil, hat Madame Steinheil allerlei Namen als Dedresse zur Entschuldigung ihrer häufigen Ausflüge benützt, was jetzt für die von der verstorbenen Frau Benannten überaus peinlich wird. Wie es kam, daß der Name des berühmtesten Bonnatischen Französischen Leon Bonnat in der Steinheil-Affäre mit genannt worden, erzählt Fritz Karlsen: Tatsache ist, daß Frau Steinheil während ihrer Glanzzeit von Bonnat porträtiert wurde, angeblich auf Bestellung



